



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Gemeinderatsfraktion ■ Universitätsstadt Tübingen

Ingeborg Höhne-Mack
Dr. Dorothea Kliche-Behnke
Ute Leube-Dürr
Gerhard Neth
Gundula Schäfer-Vogel
Dr. Martin Sökler

Tübingen, den 26.11.2019

Antrag zur Vorlage 540a/2019

Antrag:

1. Die Stadtverwaltung stellt dar, wie viele Geflüchtete über die Seebrücke bereits von Kommunen aufgenommen wurden bzw. welche Anstrengungen andere Städte wie Rottenburg unternommen haben.
2. Die Stadt Tübingen tritt dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bei.
3. Eine schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Quote über den Königsteiner Schlüssel wird vorbereitet. Entsprechende Vorbereitungen werden getroffen.

Begründung:

Mit der Resolution vom 2. Mai hat der Gemeinderat sich zur Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ bekannt. Die Ausgestaltung der Seebrücke-Beschlüsse verschiedener Städte, die sich zu Sicheren Häfen erklären, unterscheidet sich sehr stark. Im Juni hat sich das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ konstituiert und die Potsdamer Erklärung unterzeichnet, nach der die Städte ihre Bereitschaft erklären, die aus Seenot Geretteten zusätzlich aufzunehmen.

Im Oktober hat das erste Arbeitstreffen des Bündnisses in Rottenburg stattgefunden und folgendes Ergebnis festgehalten:

1. *Die Bündnisstädte verstehen sich als humanitäre Wertegemeinschaft mit hoher Kompetenz für die Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen und bekräftigen ihr Angebot der zusätzlichen Aufnahme aus humanitären Notlagen im Mittelmeerraum.*
2. *Die Bündnisstädte fordern die Bundesregierung über die jetzt gefundene ad-hoc-Lösung auf, sich für eine langfristige Lösung zur Sicherung der Aufnahme aus Seenot geretteter Menschen auf europäischer Ebene einzusetzen und dazu jetzt einen eigenen Beitrag zu leisten. Seenotrettung ist kein Verbrechen und braucht sichere Häfen.*
3. *Die Bündnisstädte fordern die Bundesregierung auf, Transparenz im Verteilungsverfahren zu schaffen und ihnen Möglichkeiten aufzuzeigen, ihr Angebot umzusetzen. Die kommunale Aufnahme und erfolgreiche Integration braucht eine auskömmliche finanzielle und organisatorische Unterstützung.*
4. *Die Bündnisstädte intensivieren die erfolgreiche Bündnisarbeit und vernetzen sich stärker auf Landesebene und über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus.*

Auch die Stadt Tübingen sollte nun den nächsten Schritt gehen, dem Bündnis beitreten und sich auf die Aufnahme von Menschen vorbereiten, die aus Seenot gerettet wurden.

Für die SPD-Fraktion
Dorothea Kliche-Behnke